

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 15. Januar 2016

Die nächste Krise hat begonnen - Zeit für Sie, krisensicher investiert zu sein

- Der unvermeidliche Bereinigungsprozess beginnt
- Ausgehend von China droht sogar eine neue Weltwirtschaftskrise
- An den Aktienmärkten geht es bergab
- Gold ist so attraktiv wie zuletzt 2001: Kaufen Sie
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
- Staatsfernsehen mit 220 Tochterunternehmen

Treffsicherer Indikator signalisiert eine Rezession in den USA

Liebe Leser,

wie ich in der am 19. Januar 2016 erscheinenden Februar-Ausgabe meines Börsenbriefes Krisensicher Investieren ausführlich begründe, lässt die Kombination aus rückläufigen Frühindikatoren der US-Wirtschaft und fallenden Aktienkursen kaum noch einen Zweifel zu: Es ist soweit, die nächste große Krise hat begonnen. Und diese Krise hat das Potenzial, die Ereignisse des Jahres 2008 als harmloses Vorspiel erscheinen zu lassen.

Sehenden Auges haben die Zentralbankbürokraten unter Führung des ehemaligen Fed-Präsidenten Ben Bernanke die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren erneut an den Rand des Abgrunds geführt. Anstatt aus den zwar bitteren, aber sehr lehrreichen Erfahrungen der Jahre 2000 bis 2003 und 2007 bis 2009 zu lernen, haben die Zentralbanker den gleichen Fehler wie damals ein drittes Mal gemacht und mit ihrer ultra-laxen Geldpolitik für größere ökonomische Ungleichgewichte, Fehlentwicklungen und Spekulationsblasen gesorgt als jemals zuvor. Ich habe meine Krisensicher Investieren-Leser schon lange auf diesen Augenblick vorbereitet.

Der unvermeidliche Bereinigungsprozess beginnt – Machen Sie sich auf harte Jahre gefasst

Jetzt spricht alles dafür, dass wir uns am Beginn des unvermeidlichen Bereinigungsprozesses befinden, der stets auf einen geldpolitisch hervorgerufenen Boom folgt. Da die Bereinigung gewöhnlich umso heftiger ausfällt, je größer die vorangegangenen Fehlentwicklungen gewesen sind, müssen Sie nun mit dem Schlimmsten rechnen. Die kommenden zwei bis drei Jahre werden offenbaren, wie verantwortungslos und kurzsichtig die Kombination aus Nullzinspolitik und Staatsfinanzierung mit der Gelddruckmaschine („quantitative easing“) tatsächlich gewesen ist.

Dabei gibt es zwei bedeutende Unterschiede zu den beiden vorangegangenen Krisen: Erstens befindet sich mit China die zweitgrößte Volkswirtschaft nach den USA bereits in einem eigenen hausgemachten Abschwung. Dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft werden noch immer drastisch unterschätzt. Zweitens haben sowohl die Zentralbanken als auch die hochverschuldeten Regierungen ihr Pulver schon weitgehend verschossen, um den künstlichen Aufschwung der vergangenen Jahre irgendwie am Leben zu halten. Jetzt stehen sie mit leeren Händen da.

Ausgehend von China droht sogar eine neue Weltwirtschaftskrise

Realwirtschaftlich rechne ich mindestens mit einer schweren weltweiten Rezession. Wenn sich die Lage in China weiter verschärfen sollte, besteht sogar die Gefahr einer Depression, das heißt einer Weltwirtschaftskrise wie in den 1930er Jahren.

Dabei ist die Wahrscheinlichkeit einer harten Landung in China sehr groß. Denn der ungesunde Kreditboom, den China seit 2009 erlebt hat, birgt gewaltige Gefahren. Sein Ausmaß stellt sogar den bisherigen Rekordhalter, das ist der Kreditboom Japans Ende der 1980er Jahre, in den Schatten. Auf dieses chinesische Damoklesschwert, das sehr bedrohlich über der Weltwirtschaft hängt, habe ich Sie in den vergangenen zwei Jahren immer wieder hingewiesen.

Die japanische Wirtschaft und der japanische Aktienmarkt haben sich von den damaligen Exzessen und Ungleichgewichten bis zum heutigen Tag noch nicht erholt. Stattdessen hat Japan inzwischen die mit Abstand höchste Staatsverschuldung aller Industrienationen, so dass der Staatsbankrott Japans nur noch eine Frage der Zeit ist.

An den Aktienmärkten geht es bergab – Rechnen Sie mindestens mit einer Kurshalbierung

Über die extrem hohen Risiken an den Aktienmärkten habe ich Sie in den vergangenen Monaten immer wieder hingewiesen. Jetzt deutet alles darauf hin, dass die Spekulationsblase geplatzt ist und eine zyklische Baisse begonnen hat. Ich erwarte in den kommenden ein bis zwei Jahren mindestens eine Kurshalbierung.

Die fundamentale Bewertung des Weltleitindex S&P 500 würde in diesem Fall allerdings lediglich in den Normalbereich zurückgehen. Um ähnlich unterbewertet zu sein wie das beispielsweise Ende der 70er bis Mitte der 80er Jahre der Fall gewesen ist, müssten sich die Aktienmärkte nach

dieser ersten Halbierung sogar ein zweites Mal halbieren, also um insgesamt 75% fallen. Am Beginn der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hat sich der Dow Jones Industrial Average übrigens nicht nur zweimal, sondern sogar dreimal halbiert.

Jetzt ist es aber nicht an der Zeit, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern zu handeln, wenn Sie es nicht schon getan haben. Meine Leser freuen sich bereits über 24% und 25% Plus, während andere um ihr Vermögen bangen müssen. [Nutzen auch Sie die Baisse an den Aktienmärkten, und verdienen Sie an fallenden Kursen. Wie genau, erfahren Sie in Krisensicher Investieren. Bestellen Sie noch heute – 30 Tage kostenlos.](#)

Gold testet Ausbruchslinie: Steigen Sie jetzt ein

Vorige Woche habe ich hier den Beginn einer Goldhaube verkündet, nachdem der Goldpreis aus einer kleinen, aber feinen Bodenformation nach oben ausgebrochen war und nahezu alle fundamentalen und technischen Indikatoren und Modelle genauso bullische Werte angenommen haben wie zuletzt im Jahr 2001. Damals begann kurz darauf eine große Goldhaube, die rund 10 Jahre dauern sollte.

An dieser außergewöhnlich bullischen Konstellation hat sich natürlich nichts geändert. Und das kurzfristige charttechnische Kaufsignal, das ich vorige Woche beschrieben habe, hat weiterhin Bestand. Am 14.1.2016 hat der Goldpreis in \$ die Ausbruchslinie der kleinen Bodenformation getestet, die Sie auf dem folgenden Chart sehen. Ich rechne noch immer damit, dass sich diese kleine Formation in Kombination mit den Kaufsignalen der Sentimentindikatoren als Sprungbrett einer zwei- bis dreimonatigen Rally erweisen wird.

Goldpreis pro Unze in \$, 2015 bis 2016



Gold testet die Ausbruchslinie. Quelle: StockCharts.com

Gold ist so attraktiv wie zuletzt 2001- Kaufen Sie

Die 26 bullischen Argumente für Gold, die wir in unserer aktuellen Themenschwerpunkt-Ausgabe zusammengetragen haben, ficht das kurzfristige charttechnische Bild natürlich nicht an. Diese Argumente haben weiterhin Bestand. Deshalb bleibe ich bei meiner Prognose, dass sich Ihnen bei Gold und Goldminenaktien im Moment eine ähnlich attraktive Kaufgelegenheit präsentiert wie zuletzt im Jahr 2001. [Fordern Sie noch heute Krisensicher Investieren 30 Tage lang zum Test an. Hier erfahren Sie, welche Goldminen sich jetzt besonders rentieren und wie Sie an fallenden Aktienkursen Geld verdienen.](#)

Ich wünsche Ihnen ein fröhliches Wochenende.

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Das von mir empfohlene Short-Zertifikat auf den Nikkei Index befindet sich im Moment mit 24% im Plus und unser Short auf Goldman Sachs mit 25%. Machen Sie mit, verdienen auch Sie am Börsencrash. Es gibt keinen Grund den Kopf hängen zu lassen, im Gegenteil.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?

Staatsfernsehen mit 220 Tochterunternehmen

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Liebe Leserinnen und Leser,

der öffentlich-rechtlich organisierte Rundfunk in Deutschland ist groß, teuer und eng mit der Politik verflochten. Mit Milliardenbeträgen im Rücken, die bei den Bürgern zwangsweise eingetrieben wurden, sind die Rundfunkanstalten bestrebt, sich in immer weitere Geschäftsfelder auszudehnen. Aber manchmal stellen sich Betroffene dieser Expansion entgegen, und zwar mit Erfolg!

Im Jahr 2003 beschwerte sich ein Wirtschaftsverband, der die Interessen der privaten Anbieter von Hörfunk, Fernsehen, Mediendiensten usw. vertritt, bei der EU-Kommission über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Die Kritik richtete sich dagegen, dass die Rundfunkanstalten in den Bereichen Online, digitale Fernsehangebote, kommerzielle Tätigkeiten und Sportübertragungsrechte ohne hinreichende gesetzliche Legitimation tätig seien. Die Rundfunkfinanzierung sei wettbewerbsverzerrend und benachteilige Privatunternehmen. Bei der Rundfunkgebühr handele es sich um eine unzulässige staatliche Beihilfe im Sinne des EU-Wettbewerbsrechts.

Der Beihilfebegriff des EU-Rechts ist sehr allgemein gefasst. Er soll sämtliche durch den Staat gewährten direkten oder indirekten Vorteile erfassen, welche durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen. Das EU-Recht enthält ein generelles Beihilfeverbot, sieht aber auch bestimmte Ausnahmetatbestände vor. Die EU-Kommission kann unzulässige Beihilfen verbieten.

Wurden kommerzielle Tätigkeiten aus Rundfunkgebühren quersubventioniert?

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die ihnen höchst wohlgesonnenen deutschen Politiker konnten in der Gebührenfinanzierung des Rundfunks selbstverständlich keine unzulässige staatliche Beihilfe erkennen. Die EU-Kommission sah dies jedoch anders und leitete im Jahr 2005 ein formelles Beihilfeverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland ein. Es sei nicht ausgeschlossen, dass rein kommerzielle Tätigkeiten außerhalb des öffentlich-rechtlichen Auftrags quersubventioniert würden. Es fehle eine Definition des öffentlich-

rechtlichen Auftrags, vor allem in Hinblick auf neue Mediendienste und digitale Zusatzkanäle. Die EU-Kommission forderte, den öffentlichen Auftrag zu konkretisieren. Es müsse zwischen nicht-kommerziellen und kommerziellen Tätigkeiten klar unterschieden werden. Außerdem sollten geeignete Mechanismen eingeführt werden, um eine wettbewerbsverzerrende Quersubventionierung zu verhindern.

Ein Kompromiss mit der EU-Kommission wurde ausgehandelt

Angesichts dieser Entwicklung war die deutsche Politik in heller Aufregung, denn die weltweit einzigartig dastehende Rundfunkfinanzierung in der Bundesrepublik drohte zu kippen. Wie im politischen Geschäft üblich, wurde aber schließlich ein Kompromiss mit der EU-Kommission ausgehandelt. Die politisch Verantwortlichen erklärten sich bereit, die Kernforderung der EU-Kommission zu erfüllen, nämlich die Beziehungen der Rundfunkanstalten zu ihren kommerziell tätigen Tochterunternehmen marktkonform auszugestalten. Außerdem sollten umfangreiche Prüfungs- und Kontrollrechte der Rechnungshöfe erlassen werden. Aufgrund dieser Zugeständnisse stellte die EU-Kommission schließlich im Jahr 2007 das Beihilfeverfahren gegen Deutschland ein.

Kommerzielle Tätigkeiten nur durch selbständige Tochterunternehmen

Nach entsprechenden Rechtsänderungen gilt hierzulande seit dem Jahr 2009 Folgendes: Die Rundfunkanstalten dürfen kommerzielle Tätigkeiten grundsätzlich nur durch rechtlich selbständige Tochtergesellschaften erbringen lassen. Lediglich kommerzielle Tätigkeiten mit geringer Marktrelevanz dürfen bei den Rundfunkanstalten verbleiben. Alle kommerziellen Tätigkeiten müssen marktkonform erbracht werden. Marktkonform bedeutet, dass der Leistungsaustausch zu Bedingungen abgewickelt wird, die auch von einander unabhängige Dritte vereinbart hätten. Ferner wurden die Kontrollbefugnisse der Rechnungshöfe gestärkt, sie haben nun ein Prüfungsrecht bei allen Tochtergesellschaften der Rundfunkanstalten. Die Tochtergesellschaften müssen überdies im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses einen einheitlichen Fragenkatalog der Rechnungshöfe durch den jeweiligen Abschlussprüfer beantworten lassen.

Es gibt 220 Tochterunternehmen der Rundfunkanstalten

Tochtergesellschaften haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in großer Zahl. Es sind rund 220 Unternehmen des Privatrechts, an denen die Rundfunkanstalten einzeln, gemeinsam oder auch zusammen mit Dritten beteiligt sind, bei rund 150 davon mehrheitlich. Die

Tochtergesellschaften sind vor allem im Produktions- und Dienstleistungsbereich aktiv, betreiben aber auch Werbung, Merchandising und Ticketing. Unter großem wirtschaftlichen Druck stehen die privaten Tochterunternehmen dabei nicht. Sie sollen eine Rendite von fünf Prozent nach Steuern abliefern. Schaffen sie das nicht, passiert so gut wie nichts. Bei wirtschaftlichen Schieflagen, die durchaus schon vorgekommen sind, stehen ohnehin die Rundfunkanstalten als Eigentümer in der Verantwortung, letztlich also die beitragszahlenden Bürger.

Prüfung der kommerziellen Tätigkeiten durch die Rechnungshöfe

Die Rechnungshöfe haben zwischenzeitlich damit begonnen, die kommerziellen Tätigkeiten der Rundfunkanstalten und ihrer Tochterunternehmen auf Marktkonformität zu überprüfen. Größere Missstände sind in diesem Zusammenhang bislang nicht bekannt geworden. Allerdings bedeutet dies nicht unbedingt, dass zwischen Rundfunkanstalten und Tochtergesellschaften alles in Ordnung ist und keine Quersubventionierung aus dem Beitragsaufkommen stattfindet. Die Rechnungshöfe sind erst dabei, sich in den sehr umfangreichen Stoff einzuarbeiten, zu dessen Bewältigung zumeist nur ein oder zwei Prüfer zur Verfügung stehen. Man kann gespannt sein, welche Prüfungsergebnisse die Zukunft bringen wird.

Den Rundfunkanstalten wurden Grenzen aufgezeigt

Wie man sieht, sind durch das Einschreiten der EU-Kommission die wettbewerbsverzerrenden Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zurückgestutzt worden. Ein erfreuliches Ergebnis für die betroffenen privatrechtlichen Unternehmen. Einem mächtigen, politisch bestens vernetzten Konglomerat sind damit Grenzen aufgezeigt worden, der Widerstand hat sich gelohnt. Davon unberührt bleibt der Befund, dass das gesamte System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf den Prüfstand gehört und im Ergebnis drastisch verkleinert werden sollte. Von der Allgemeinheit finanziert werden sollten in Zukunft nur solche Programminhalte, die vom Markt nicht bereitgestellt werden. Auf diese Entwicklung hofft, liebe Leserinnen und Leser, voller Ungeduld

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktcommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).